

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version
System der Verschwendung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1980) : System der Verschwendung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 4, pp. 164-

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/135422>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

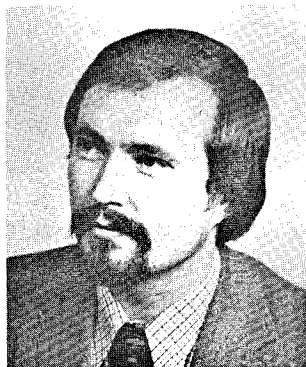
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Otto G. Mayer

System der Verschwendung

Nach der unerwartet schnellen Beilegung der italienischen Regierungskrise dürfte dem – auf Ende April verschobenen – EG-Gipfeltreffen nichts mehr im Wege stehen. Im nachhinein könnte sich diese Verschiebung sogar als hilfreich herausstellen, erhielten doch alle Beteiligten und Betroffenen Zeit, ihre Kompromißbereitschaft bilateral auszuloten. Politisch steht sicherlich die britische Forderung der Senkung des eigenen Nettobeitrags zur EG im Vordergrund. Das eigentliche Problem der EG sind aber ebenso sicher nicht so sehr die britischen Wünsche oder die seiner Partner an Großbritannien als vielmehr die schlichte Frage nach der Finanzierung des EG-Budgets und damit nach den Aufgaben der EG. Sehr deutlich wurde dieses Kernproblem mit der Ablehnung des diesjährigen EG-Haushalts durch das neue, direkt gewählte EG-Parlament. Die Hoffnung schien nicht ungerechtfertigt, daß entgegen allen Unkenrufen vor und nach den Wahlen dieses Parlament nicht mit sich selbst genug zu tun hätte, sondern Impulse geben könnte, von der mittlerweile unsinnig gewordenen Struktur der Gemeinschaftsausgaben wegzu kommen und – wie es der EG-Budget-Kommissar, Christopher

Tugendhat, formulierte – „den Haushalt der Gemeinschaft zu einem Instrument (zu) machen, von dem die Bürger überzeugt sind, das es das Europa, in dem sie leben, zum Besseren beeinflußt“.

Dazu würde beispielsweise gehören, daß eine wirklich gemeinsame Energiepolitik betrieben würde, um die wirtschaftliche Entwicklung des westlichen Europas sicherer und unabhängiger zu machen; dazu gehörten eine intensive gemeinsame Regional- und Sozialpolitik, um eine – soweit überhaupt möglich – ausgeglichene Teilhabe der EG-Bürger an dieser Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten, und anderes mehr. Den EG-Haushalt (1979) kennzeichnet jedoch, daß für solche Gemeinschaftsaufgaben, für den Sozial- und Regionalfonds noch nicht einmal 10 % der Mittel bereitstehen. Schlimmer noch, sie stellen die Manövriermasse bei finanziellen Engpässen dar, weil über 70 % (1979) benötigt werden, damit – um es einmal überspitzt zu formulieren – die Nahrungsmittelkosten aller EG-Verbraucher erklecklich über dem Weltmarktpreisniveau gehalten und Milchprodukte (auf sie entfielen 1979 rund 43 % des Agrarhaushaltes) produziert werden, die keiner haben will und entweder eingelagert oder zu niedrigen Preisen und damit zu hohen Kosten für die EG-Steuerzahler exportiert oder als Futtermittel verkauft werden.

Nun sind solche Klagen nicht neu, und abgesehen von den 6 – 8 % Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und deren Verbänden (aber auch hier schon mit einer gewissen Zurückhaltung) findet sich kaum jemand, der dieses System öffentlich verteidigen würde. Ökonomisch gesehen ist es schlicht ein System der Verschwendung, da die Ziele der Versorgungssicherheit und der Teilhabe der Landwirte an der „allgemeinen Wirtschaftsentwicklung“ mit anderen Maßnah-

men effizienter erreicht werden können.

Daß dieses System immer noch besteht, ist auch kaum mit rationalen politischen Überlegungen zu begründen. Denn das Argument, daß Ende April in Luxemburg die Reform des Systems des gemeinsamen Agrarmarktes wieder einmal hintanstellen werde, weil in der Bundesrepublik und Frankreich Wahlen bevorstünden, klingt nicht sehr plausibel angesichts der Tatsache, daß die Wahlberechtigten aus der Landwirtschaft, gleich welche Agrarpolitik von welchen konservativen, sozialistischen oder liberalen Parteien und Regierungen betrieben wurde, immer zum überwiegenden Teil konservativ wählten.

Die meisten EG-Bürger werden es daher kaum verstehen, daß ihr Parlament Ende März die Vorschläge der Kommission, die Agrarpreise nur um 2,5 % anzuheben, verworfen hat und statt dessen Preisbeschlüsse wie von den Agrarverbänden gefordert befürwortet und die von der Kommission zur Bekämpfung der Überproduktion von Milch, Zucker und Rindfleisch vorgesehenen Maßnahmen als zu weitgehend ansieht. Damit hat sich das Parlament vor dem Hintergrund seiner kürzlichen Ablehnung des Haushaltes selbst desavouiert. „Wenn der Ministerrat guten Willen zeigt und das Europäische Parlament in seiner Haltung fest bleibt, können wir diese (Haushalts-)Schwierigkeiten überwinden“, hoffte Kommissar Tugendhat noch Anfang März in einem Vortrag. Jetzt beruht also die Hoffnung nur noch auf dem „guten Willen“ des Ministerrates. Wahrscheinlicher dürfte leider sein, daß erst die von der Kommission schon vor zwei Jahren für 1981 vorausgesagte EG-Finanzkrise eintreten muß, damit wenigstens einige dringende notwendige Änderungen vorgenommen werden. Ende April wissen wir mehr.